

4 Fragen an François Bausch, Präsident der Parlamentsfraktion von déi Gréng

Seit Lucien Weiler im Dezember 2000 eine, von allen Parteien (außer der ADR) unterzeichnete Motion einreichte, die die Regierung aufforderte „à rassembler les forces vives de la nation autour d'une table ronde“, kehrt mit schöner Regelmäßigkeit der Begriff des „Zukunftstisches“ in der politischen Debatte auf und ist inzwischen zur politischen Chiffre geworden für Alternativen zur Tripartite. Noch im März dieses Jahres hatten Sie befunden, das luxemburgische Sozialmodell sei den Anforderungen der Krise nicht gewachsen. Wie lautet heute Ihre Diagnose zur Tripartite: Ist dieses Modell gestorben? Und, wenn ja, ist das eine gute Nachricht?

François Bausch: Das Luxemburger Sozialmodell besteht nicht nur aus der Tripartite, aber es stimmt, meiner Ansicht nach ist die Tripartite der Vielfältigkeit der Krise nicht gewachsen. Als die Tripartite gegründet wurde, hatten wir ein Problem in der Stahlindustrie und gleich anschließend hatten wir einen boomenden Bankensektor. Ich will die Probleme, die die Tripartite zu lösen hatte, nicht klein reden, aber heute sind sie vielfältiger. Aufgrund der Globalisierung, der weltweiten Konjunkturschwäche und der scheinbar höheren Rentabilität im Finanzsektor steht unsere Industrie unter einem enorm hohen Wettbewerbsdruck, dem sie nicht gewachsen ist. Gleichzeitig sind die Zeiten des Booms im Finanzwesen vorbei. Der Umbau unserer Ökonomie zu mehr Nachhaltigkeit, also weniger Ressourcenverschwendung und mehr sozialer Gerechtigkeit, wird nicht einfach sein und einiges an Opfern fordern. Aber er wird notwendig sein, wenn wir uns nicht über Jahre in eine Abwärts-spirale begeben wollen. Für viele Menschen ist Veränderung *per se* schlecht, sie möchten lieber, dass alles bleibt wie es ist. Das ist verständlich, aber in diesem Fall ist Veränderung unabdingbar. Das mag für manche eine schlechte Nachricht sein. Die gute ist, dass déi gréng der Überzeugung sind, dass dieser Umbau gelingen wird, wenn wir alle daran arbeiten. Und: Diese Veränderungen werden uns nicht unglücklich machen. Wir sind der Meinung, dass wir für diesen Umbau, diese Transition einen breiten Konsens in der Gesellschaft brauchen, der eine breitere Diskussion erfordert, als dies in der Tripartite möglich war. Außerdem braucht dieser Konsens mehr Transparenz als die Tripartite bieten kann!

Der Zukunftstisch steht auch für Formen der politischen Entscheidungsfindung jenseits der Regierung und des Parlaments. Wäre es jedoch nicht eigentlich am Parlament über die großen Zielsetzungen zu debattieren und abzustimmen? Oder ist die Gesellschaft

nicht mehr durch die parlamentarische Mehrheits- und Kräfteverhältnisse repräsentiert? Wäre es da nicht konsequenter das Wahlrecht zu ändern?

F. B.: Einerseits sollte ein Zukunftstisch ja nur ein zeitlich begrenztes Instrument sein. Er erlaubt es, wesentlich mehr Akteure an den Tisch zu bringen und in den Konsens einzubinden. Die Richtungen, die ein Zukunftstisch vorgeben kann, müssen ja in detaillierte Gesetzestexte gegossen werden. Das wäre dann die Aufgabe des Parlamentes. Im Gegensatz zur Tripartite, die überhaupt nicht in die parlamentarische Diskussion und Beschlussfassung eingebettet war, müsste der Runde Tisch vom Parlament selber initiiert und moderiert werden. Das ist zuerst mal keine Frage der Repräsentativität des Parlamentes. Als die Tripartite entstand, hatten wir nicht die Situation, dass 45 % der Bevölkerung ohne Wahlrecht waren. Trotzdem wurde mit der Tripartite ein Gremium geschaffen, das eher der Philosophie einer berufsständischen Ordnungsdemokratie entsprach. Andererseits stimmt es schon, 45 % der Bevölkerung sind nicht wahlberechtigt. Das Wahlgesetz muss mindestens in diesem Punkt geändert werden, das steht außer Frage. Derzeit sind diese 45 % nur über die Gewerkschaften in die politische Diskussion eingebunden. Das reicht nicht: auf diese Weise kann keine Gesellschaft im 21. Jahrhundert funktionieren.

Wer gehört Ihrer Meinung nach mit an den Runden Tisch und was soll hier diskutiert werden?

F. B.: Zuerst sollte klar sein, dass dieser Zukunftstisch vom Parlament aus moderiert werden muss und nicht von der Regierung. Das ist die erste Lehre, die man aus dem Klimapartenariat ziehen muss. Die zweite ist, wie wichtig externe Moderatoren sind, die Arbeiten vorantreiben können und dafür sorgen, dass keine Ideen verloren gehen, auch wenn sie der Mehrheit oder der Regierung nicht gefallen. Als wichtige Teilnehmer sehe ich neben Vertretern aller Parteien, der Regierung, der Gewerkschaften und der Berufskammern auch Vertreter der Zivilgesellschaft. Voraussetzung wäre, dass alle bereit sind, über den Tellerrand hinaus zu denken. Das zentrale Thema ist natürlich klar: Wie wollen wir die Entwicklung des Landes gestalten? Soll weiterhin Wirtschaftswachstum oberstes Ziel sein oder möchten wir eine nachhaltige abgesicherte Lebensqualität in das Zentrum unserer Politik stellen? Wenn das der Fall sein soll, müssen wir uns fragen, welche

Rolle unser Finanzplatz innerhalb der EU spielen soll. Können und wollen wir weiter wie die Made im Speck der „Steueroptimierung“ leben? Hiervon wird sehr viel abhängen, vor allem wo wir die Arbeitsplätze der Zukunft schaffen werden. Wir müssen dann auch über die Wachstumstreiber Renten, Immobilienpreise und Gehälter beim Staat reden und über eine ökosoziale Steuerreform, die uns mehr Steuergerechtigkeit und weniger Ressourcenverbrauch ermöglicht.

Eingereicht wurde die Motion zum Zukunftstisch im Jahr 2000, um sich mit den Konsequenzen des rapiden Wirtschaftswachstums zu befassen. Jetzt, in Zeiten der Krise, soll von hier Sozialabbau und Austerität verwaltet werden, fordern Teile des Patronats, die auf eine Möglichkeit hoffen, gegen die politische Mehrheit und die Gewerkschaften ihre Forderungen durchzusetzen. Ist der Zukunftstisch inzwischen zu einem neoliberalen Passwort geworden?

F. B.: Wer die Idee des Zukunftstisches nur als neoliberales Passwort interpretiert, verkennet, wie groß die Umbrüche sein werden, die

Europa in den nächsten 20 Jahren bevorstehen. Der Zukunftstisch ist zuerst ein Instrument der Politikgestaltung. Für uns wäre er vor allem ein Weg die „Politik des Gehörtwerdens“ umzusetzen. Wir wollen den Menschen zuhören und mit ihnen gemeinsam Lösungen für die drängenden Probleme erarbeiten. Gerade deshalb ist es so wichtig, die klassische Tripartite zu begraben. Ich glaube, viele Menschen fühlen sich dort mit ihren Anliegen nicht vertreten. Weder demokratisch legitimiert noch transparent, konnte dieses Modell nur funktionieren, solange die Verteilungskämpfe sich um den wachsenden Teil des Kuchens drehten. Da heute aber der Kuchen nicht mehr wächst oder das was wächst den Menschen nicht mehr schmeckt, werden die Auseinandersetzungen tatsächlich viel härter werden. Es geht ans Eingemachte, wir sehen das ja schon bei der Cargolux. Von daher ist der Zukunftstisch kein neoliberales Passwort, und wenn wir ihn richtig anpacken, kann er zum Meilenstein einer partizipativen Demokratie werden. ♦

(Das Interview fand zwischen dem 11. und dem 16. Oktober 2012 statt. BT)

3 questions à Norbert Becker, conseiller fiscal et membre-fondateur de « 5 vir 12 »

Sur son site internet, « 5 vir 12 » se présente comme organisation «apolitique et non-revendicative». Or elle nous semble assez symptomatique d'une frange des entrepreneurs aux yeux desquels le «modèle luxembourgeois» et sa culture consensuelle qu'incarnerait la Tripartite sont désuets et dépassés. Pourtant, on pourrait aussi voir dans ce modèle un système politique qui, par le passé, fut assez favorable au capital ; par sa flexibilité, il a notamment permis de lisser le passage vers une économie financière, sans que cela ait produit des contestations politiques ou sociales. Pourquoi, selon vous, ce modèle n'est-il dorénavant plus opérable ?

Norbert Becker : Le mouvement « 5 vir 12 » a certes été initié par des entrepreneurs ; par contre depuis sa fondation, des personnes de toutes professions et métiers, salariés et fonctionnaires, enseignants et aussi patrons d'entreprise se sont manifestés pour déclencher un changement de mentalité dans notre pays. Je ne vous réponds pas en tant que « 5 vir 12 », mais en mon nom personnel. Personne ne s'oppose à notre culture consensuelle, si elle arrive à faire bouger les choses. Si dans une tripartite les discussions

s'ouvrent avec une des parties qui décrète que les sujets à l'ordre du jour ne sont pas discutables, où reste alors la culture consensuelle ? Ce n'est pas la tripartite qui a créé un environnement favorable à l'investissement, elle n'a pas non plus créé la place financière ni n'a-t-elle contribué à la création de nouveaux secteurs. Le modèle luxembourgeois mis en place lors d'une des précédentes crises fonctionnait parce qu'il y avait du leadership dans chacune de ses composantes. Les membres se parlaient, avaient du respect pour les positions des uns et des autres et arrivaient à trouver de vrais compromis – tous étaient disposés à faire un pas vers l'autre. Aujourd'hui, ce n'est malheureusement plus le cas. Les syndicats sont dans le déni, le gouvernement n'a pas de cohérence ni de ligne dans sa politique. Les patrons s'investissent sur des thèses difficiles à communiquer et tant qu'ils prêchent en cercle restreint entre eux, ils ne feront pas avancer la discussion.

Quels pourraient être les nouveaux espaces de participation politique et sociale ? Et comment déterminer la légitimité des intervenants ?